



## ao. Parteitag CVP Basel-Landschaft

**Datum:** 31. Oktober 2018

**Zeit:** 19.30 bis 21.45 Uhr

**Ort:** Restaurant Seegarten Münchenstein

**CVP Basel-Landschaft**  
4410 Liestal

Tel. 077 482 87 57  
cvp-bl@cvp-bl.ch  
www.cvp-bl.ch

### Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Verteiler

Traktanden

**56 anwesende Mitglieder, Sympathisanten/-innen**

Mitglieder und Sympathisanten/-innen der CVP BL

Gemäss Einladung

#### 1. Begrüssung

Béatrix von Sury d'Aspremont begrüsst zum ao. Parteitag. Sie vertritt Parteipräsidentin Brigitte Müller-Kaderli, die Elisabeth Schneider-Schneiter zum zeitgleich stattfindenden Bundesrats-Hearing nach Bern begleitet.

#### 2. Genehmigung Traktandenliste

*././ Der Parteitag stimmt der Traktandenliste zu.*

#### 3. Wahl der Stimmzählerinnen und Stimmzähler

*././ Der Parteitag wählt per Akklamation folgende Stimmzählende:*

*Thomas Hafner, Walter Ackermann, Evelyne Roth, Hannelore Jeker*

#### 4. Genehmigung Protokoll vom 18. Oktober 2018

*././ Das Protokoll vom 18. Oktober 2018 wird vom Parteitag genehmigt und Patricia Bräutigam verdankt.*

#### 5. Kantonale Krankenkassen-Initiative

Béatrix von Sury d'Aspremont informiert über den aktuellen Stand der kantonalen CVP-Initiative. Die Initiative wurde vom Kanton vorgeprüft. Aktuell wird das Initiativkomitee gegründet. Im Januar soll die Initiative lanciert werden.

#### 6. Parolen kantonale Abstimmungen 25.11.

Marc Scherrer präsentiert die Idee der zurückgezogenen Initiative und den Inhalt des **Gegenvorschlags zur «Wohnkosten-Initiative»**.

Nach der Präsentation folgt die Diskussion unter den Anwesenden:

Eugen Tanner plädiert für die Annahme des Gegenvorschlags.

Regierungsrat Anton Lauber bemerkt, dass der Zeitpunkt für die Abschaffung des Eigenmietwerts noch nie so gut wäre wie jetzt und dass der politische Wille in Bern verhalten sei.

Paul Fraefel merkt an, dass der Unterschied zwischen den Steuergesetzen des Kantons und des Bundes das Problem sei.

Hugo Hueber gibt zu bedenken, dass die Progressionskurve beim Bund anders sei. Bei der Abschaffung des Eigenmietwerts müsse man den Preis dafür berücksichtigen. Der Profit liegt bei der älteren Generation. Man müsse jedoch überlegen, den Vermögenssteuersatz zu senken.

Anton Lauber informiert, dass die Revision der Steuer bei natürlichen Personen in Planung sei.

*././ Die Parteibasis fasst einstimmig die Ja-Parole für den Gegenvorschlag zur Wohnkosten-Initiative.*

Die kantonale «**Prämien-Initiative**» wird kontradiktorisch präsentiert. Felix Keller stellt die Argumente der Gegner vor, Remo Oser die der Befürworter.

Anschliessend wird unter den Anwesenden diskutiert.

Viktor Lenherr merkt an, dass im Landesindex die Gesundheitskosten enthalten sind. Zudem bestehe der durchschnittliche Haushalt aus 2.1 Personen. Andere Wege seien besser.

Hugo Pfister stellt fest, dass es mit Kindern eng werde. Der Konsum sei jedoch sehr unterschiedlich; manchmal ist er notwendig, manchmal nice to have. Die Löhne der Ärzte seien extrem hoch. Ausserdem müsse man bedenken, dass die Reichen mobil seien und einfach umziehen. Er möchte wissen, wie hoch die Kosten für die Initiative der CVP BL sind.

Regierungsrat Anton Lauber geht auf einige Punkte der Präsentation und Fragen ein.

- Es wurde kein Gegenvorschlag ausgearbeitet, weil der Landrat und der Regierungsrat gemeinsam die Prämienverbilligung festlegen. Basierend auf der Durchschnittsprämie des Bundes bestimmt die Regierung die Richtprämie, welche dem max. Prämienverbilligungsbetrag entspricht. Der Landrat entscheidet über die Obergrenze des Einkommens, welche für die Prämienverbilligung massgebend ist. Die Initiative schaltet den Landrat und Regierungsrat aus und legt einen Automatismus auf 10% fest. Steuerung der Prämienverbilligung ist nicht mehr möglich. Es geht bei der Initiative um einen Systemwechsel, daher kein Gegenvorschlag.
- Die Prämienverbilligung wurde nicht zur Entlastung der Gemeinden eingeführt. Sie gehen auf den Kopf und sind somit individuell veranlagt.

- Jede Entlastung, die der Kanton erfahren hat, haben sich die Gemeinden zurückgeholt. Der Landrat wird vermutlich der Regierung den Auftrag geben, die Ausgaben bei den Gemeinden zurückzuholen.
- 20% unserer Bevölkerung zahlen 80% unserer Steuereinträge. Die Reichen sind in BL bereits stark belastet.
- Die Gesundheitskosten werden zu 55% durch Steuern bezahlt. Es ist falsch, wenn man sagt, dass es keine Finanzierung über Steuern gibt.
- Die Ursachen für Armut sind multikausal und nicht pauschal die Gesundheitskosten. Der Kanton zahlt den Krankenkassen die Verlustscheine.
- Die Prämienverbilligung ist gesunken. Gesamthaft sind die ausbezahlten Prämienverbilligungen aber gestiegen.
- Der Kanton hat immer gesagt, dass wenn die Finanzen vorhanden sind, man dort eingreift wo es am dringendsten ist. Daher wird jetzt die individuelle Prämienverbilligung aufgestockt um 12 Mio. pro Jahr.
- Das System funktioniert: Es ist kein blanker Gesetzesmechanismus, Regierung und Kanton können reagieren.
- Umverteilung ist keine Wertschöpfung, die Kaufkraft wird nicht gestärkt.
- Initiative CVP BL: Es ist noch nicht klar, was es kostet. Wenn beide Initiativen angenommen würden, wird es schwierig für den Kanton.

*././ Die Parteibasis fasst mit 42 Nein-Stimmen zu 7 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen die Nein-Parole.*

#### **Teilrevision des Gerichtsorganisations- und Prozessrechts**

*././ Die Parteibasis fasst mit 3 Nein und 3 Enthaltungen grossmehrheitlich die Ja-Parole.*

#### **7. Parolen nationale Abstimmungen 25.11.**

Regierungsrat Dr. Anton Lauber präsentiert die «Selbstbestimmungsinitiative» der SVP.

*././ Die Parteibasis fasst einstimmig die Nein-Parole.*

Die Vorlage für die Änderung des **Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)** wird kontradiktorisch durch Sibylle Keller (Pro – CVP Allschwil-Schönenbuch) und Suzanne Styk Kohlhaas (Contra – CVP Allschwil-Schönenbuch) vorgestellt.

Anschliessend wird unter den Teilnehmenden darüber diskutiert:

Hugo Hueber ist der Meinung, dass das Gesetz verhältnismässig sein müsse. Es wird jemand eingesetzt – ein Detektiv – der auch nicht immer objektiv ist. Man müsste Warnung aussprechen.

Rosmarie Pabst erwidert, dass es nichts nütze, wenn Vorwarnungen ausgesprochen würden.

Remo Oser ist der Meinung, dass die Staatsgewalt der Polizei gehöre. Mit solch einem Gesetz entwickle sich ein Schnüffelstaat.

Sibylle Keller geht noch auf die Zahlen von 2017 ein: 270 wurden überwacht, 150 waren tatsächlich Betrüger. Die Polizei komme erst dann zum Tragen, wenn der Missbrauch nachgewiesen sei. Man könne nicht jeden bei der Abklärung des Renten-Anspruchs kriminalisieren. Wenn die Polizei eingeschaltet wird, kann es sein, dass betroffene Ausländer bereits in ein hängiges Strafverfahren verwickelt sind, das sich auf ihre Aufenthaltsbewilligung auswirkt.

*//. Die Parteibasis fasst mit 37 Ja-Stimmen zu 15-Nein Stimmungen, bei 3 Enthaltungen die Ja-Parole.*

**«Hornkuh-Initiative»**

*//. Die Parteibasis fasst mehrheitlich die Nein-Parole bei 2 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen.*

**8. Agenda**

Béatrix von Sury d'Aspremont weist auf die Agenda der CVP BL, der Sektionen und der CVP BL 60+ hin.

**9. Diverses**

Béatrix von Sury d'Aspremont informiert über ein Podium zum Thema Ergänzungsleistungen für Familien mit geringem Einkommen am 21.11.18 mit Bruder Klaus. Sie nimmt daran teil.

Protokoll: 6. November 2018, Patricia Bräutigam